

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
I	S0023/13	06.02.2013
zum/zur		
F0015/13 – Fraktion Die.LINKE/Tierschutzpartei, Stadträtin Dr. Rosemarie Hein		
Bezeichnung		
Polizeieinsatz bei der Meile der Demokratie		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		12.02.2013

Zunächst möchte ich der im Eingangsstatement angedeuteten Annahme entgegenzutreten, der massive Polizeieinsatz habe in diesem Jahr den Charakter der Meile zu schädigen gedroht. Aus meiner Beobachtung als Versammlungsleiter der Meile der Demokratie verwechselt dies Ursache mit Wirkung. In Anbetracht der Rekordteilnehmerzahl auf der Meile von mehreren Tausend Besuchern, erwarteten Gegendemonstranten in einer Größenordnung von 2.000 Teilnehmern, davon lt. Schätzung der Polizei ca. 500 Störwillige, und den Teilnehmern der Nazidemonstration von 900 Personen, entstand für die Polizei am 12. Januar 2013 eine schwer beherrschbare Lage. Die Strategie der räumlichen Trennung der verschiedenen Aufzüge und Veranstaltungen war von daher nachvollziehbar, um Gefahren für Leib und Leben abzuwenden. Dass infolgedessen an sich wünschenswerter friedlicher Protest in Sichtweite der Nazis erheblich erschwert bzw. unmöglich gemacht wurde, war, anders als am 26.01.13 (Nazidemo gegen ‚EU-Wahn‘), unvermeidbar. Die verstärkte Präsenz von Gruppen aus dem linksautonomen Spektrum auf der Meile, insbesondere aber gewalttätige Auseinandersetzungen im südlichen Abschnitt zwischen Danzstraße und Hasselbachplatz in den Nachmittagsstunden des 12. Januar 2013, führten zu diversen polizeilichen Maßnahmen.

Frage 1

Welche Absprachen hatte die Stadtverwaltung mit der Polizei über Agieren innerhalb des Demogebietes der Meile getroffen?

Die getroffenen Absprachen mit der Polizei waren dieselben, wie in den vergangenen Jahren. Die ständige Präsenz von Polizeikräften auf der Meile sollte auf ein Minimum beschränkt bleiben. Um im Falle von Störungen ggf. eingreifen zu können, sollten Einsatzkräfte in den Seitenstraßen bereit stehen. Darüber hinaus war abgestimmt, dass nur gewaltbereite Personen bzw. Personengruppen am Zugang zur Meile gehindert werden, im Übrigen sollte es, wie in den Vorjahren, keine Zugangsbeschränkung geben.

Frage 2

Ist der Verwaltung bekannt, welche Gründe es für die unterschiedlichen Strategien der Sicherheitskräfte gab (so wurde um die Mittagszeit eine Demonstration durch die Meile von Sicherheitskräften in gelben Westen nur begleitet, mindestens eine andere aber durch die Bereitschaftspolizei massiv bedrängt)?

Der in der Frage genannte Sachverhalt ist nicht bekannt, wird aber in den Auswertungsrunden mit der Polizeiführung thematisiert.

Frage 3

Gab es oder ist beabsichtigt, die Vorfälle auf der und um die Meile der Demokratie mit den Verantwortlichen im Land auszuwerten?

Wie in jedem Jahr gibt es auch im Nachgang zur Meile 2013 diverse Auswertungsrunden, unter anderem mit der Polizeiführung.

Frage 4

Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadtverwaltung für ihr Agieren in den kommenden Jahren?

Die Stadtverwaltung betrachtet die Meile der Demokratie nach wie vor als die zielführendste Protestform, um einerseits die Innenstadt den Naziaufmärschen zu entziehen, und andererseits möglichst vielen MagdeburgerInnen einen angstfreien Raum zu bieten, in dem sie ihren Protest zeigen können! Die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Meile-Besucher beweist dies. Das Bündnis gegen Rechts (BgR) ist dabei unser Partner.

Die verstärkten Aktivitäten von mit dem BgR konkurrierenden Gruppen, wie MD Nazifrei, erfordern m. E. allerdings eine deutlichere Abgrenzung zu Protestformen, die zwangsläufig Konflikte mit der Polizei hervorbringen. Darüber wird in den kommenden Wochen und Monaten zu diskutieren sein.

Holger Platz